



Familie Kaczor aus dem nordrhein-westfälischen Vlotho ist auf Hartz-IV-Unterstützung angewiesen – obwohl Stefan Kaczor, 35, als Fahrer arbeitet

## Die Mär vom sinkenden Nettolohn

Deutschland fühlt sich schlecht bezahlt. Am Durchschnittlohnzettel lässt sich das nicht so einfach belegen. Verlierer sind vor allem Arbeiter im Westen

Von Jan Dams und Anja Struve

WENN ES DARUM geht, den Deutschen so richtig die Laune zu verderben, war die vergangene Woche ideal. Erst kündigten die Strom- und Gasversorger Preiserhöhungen von bis zu 15 Prozent an. Dann zog die Deutsche Bahn mit der zweiten Tarifierhebung innerhalb eines Jahres nach. Schließlich erfuhren die genervten Verbraucher auch noch, dass ihre Nettolöhne auf dem Niveau von vor 20 Jahren liegen. Die Bürger in diesem Land, das zumindest suggerierten die Meldungen, müssen nicht nur immer tiefer in die Tasche greifen. Sie haben auch weniger drin. Und fühlen sich dementsprechend immer ärmer.

Die Löhne müssen herauf, verlangte Michael Sommer, Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Steuern müssen herunter, forderte Jürgen Thumann, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Arbeitsminister Franz Müntefering sah eine „deutliche Unwucht“ zugunsten immer produktiverer Firmen und zulasten immer ärmerer Arbeitnehmer.

Doch so verlockend es auch ist, in lautes Wehklagen über den gierigen Staat oder die geizigen Unternehmer auszubrechen: Die Wirklichkeit sieht deutlich differenzierter aus. Wenn auch nicht unbedingt besser: Denn die Schere zwischen jenen, die ihre Einkommen kontinuierlich steigern, und denen, die am Ende des Monats immer weniger im Portemonnaie haben, geht auseinander. Nur eben anders, als es die Schockmeldungen in dieser Woche weismachen wollten. „Die Ungleichheit in Deutschland steigt, das ist Fakt. Allerdings kann man das nicht am durchschnittlichen

Nettolohn festmachen“, sagt Hilmar Schneider, Direktor am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Das fängt schon bei den Zahlen an. 15 845 Euro betrug der durchschnittliche Nettolohn, bereinigt um die Inflation, im vergangenen Jahr laut einer Statistik des Bundesarbeitsministeriums. 20 Jahre zuvor lag dieser Wert mit 15 785 Euro fast genauso hoch. Und doch hinkt der Vergleich, weil er die Wiedervereinigung außer Acht lässt und westdeutsche mit gesamtdeutschen Daten in einen Topf wirft.

Selbst wenn man nur bis 1992 zurückblickt, kommt man der Wahrheit nicht unbedingt näher. Denn die 17 251 Euro, die damals auf dem Durchschnitts-Lohnzettel standen, taugen nur bedingt für einen Vergleich. Das liegt daran, dass sich die Arbeitswelt gewandelt hat. So arbeiten die Deutschen mit durchschnittlich 1436 Stunden im Jahr heute deutlich weniger als vor 15 Jahren. In den umstrittenen Netto-reallöhnen ist das nicht enthalten.

Unberücksichtigt bleibt in den Zahlen auch, dass völlig neue Beschäftigungsformen entstanden sind. So wuchs die Zahl der Minijobber in den vergangenen fünf Jahren auf fünf Millionen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten seit Anfang der Neunzigerjahre von 14 auf 22 Prozent. „Das Normalarbeitsverhältnis befindet sich auf dem Rückzug. Deshalb sagen die Daten über die Durchschnittsverdienste überhaupt nicht aus“, sagt IZA-Experte Schneider. „Der Nettolohnskandal ist keiner.“

Was aber dann? Bilden sich die Deutschen etwa nur ein, immer weniger auf dem Lohnzettel und damit auch im Portemonnaie zu haben? Wohl kaum. Nur ist das Bild für die

verschiedenen Einkommensgruppen extrem unterschiedlich, wie eine Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes zeigt (siehe Grafik). Während eine westdeutsche Angestelltenfamilie seit 1991 ihr Nettoeinkommen um 14 Prozent steigern konnte und ein Arbeiter in Ostdeutschland fast 50 Prozent mehr auf dem Lohnzettel hat, verdient den Daten zufolge ein Arbeiter in Westdeutschland heute nicht viel mehr als damals. Auch der derzeitige Aufschwung ist an ihm beinahe spurlos vorbeigegangen.

Das gilt vor allem für jene, die einer gering qualifizierten Tätigkeit nachgehen. Wie weit sich die Schere geöffnet hat, zeigt eine Studie des Mannheimer Zentrums für Wirtschaftsforschung (ZEW). Demnach verdienten 1994 die zehn Prozent der Arbeiter mit den höchsten Löhnen im Durchschnitt 2,5-mal so viel wie jene zehn Prozent mit den niedrigsten Löhnen. 2005 stieg diese Quote in Westdeutschland auf 3,1. Im Osten geht die Kluft noch etwas weiter auseinander.

„Es hat in den vergangenen Jahren einen Wandel gegeben, weg vom gut bezahlten Industriearbeiter, hin zu schlechter bezahlten Jobs in Dienstleistung und Handel. Das drückt auf die Nettolöhne insgesamt“, sagt Roland Döhrn vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen. Auch die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, der technische Fortschritt und nicht zuletzt die wachsende Konkurrenz von Arbeitskräften aus den Billiglohnländern haben dazu geführt, dass sich vor allem am unteren Ende der Lohnskala nicht mehr viel bewegt.

Mit Mindestlöhnen dagegen vorzugehen, wie es Arbeitsminister

Müntefering fordert, halten die meisten Ökonomen jedoch für falsch. „Mindestlöhne sind volkswirtschaftlicher Unsinn. Sie erhöhen erst die Kosten für eine Stelle und dann die Arbeitslosigkeit“, sagt Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH). „Viel besser wäre es, der Staat lässt den Arbeitnehmern mehr Spielraum, indem er gerade die niedrigen Einkommen von Steuern und Abgaben befreit.“

Dies hätte nicht nur den Vorteil, dass die Bürger mehr in den Taschen hätten. Ein Teil des Geldes könnte zudem, in Fonds angelegt,

für zusätzliche Einnahmen sorgen. Schließlich können die Löhne und Gehälter schon lange nicht mehr mit Unternehmens- und Vermögenseinkommen mithalten. Diese stiegen zuletzt um knapp sieben Prozent und damit fast fünf Mal so schnell wie die Löhne und Gehälter. In vielen Ländern ist es daher längst Gepflogenheit, die Mitarbeiter vom Erfolg ihres Unternehmens profitieren zu lassen. Nicht so in Deutschland. Nur acht Prozent der Firmen beteiligen ihre Mitarbeiter am eigenen Erfolg.

Für Politiker haben andere Strategien Vorrang: „Die Mitarbeiter-

beteiligung kann nicht Tarifierhöhungen ersetzen“, sagt Klaus Brandner, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Und für Michael Meister, Vize-Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, wären solche Beteiligungen nur langfristig sinnvoll: „Kurzfristig wäre eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,5 Prozent der richtige Weg.“

Tatsächlich gibt es bei der Belastung durch Steuern und Abgaben nach wie vor viel Spielraum. Zwar sank die Abgabenlast für die Sozialkassen erstmals seit 1995 auf unter 40 Prozent. Dennoch sind insbe-

sondere diejenigen mit niedrigen und mittleren Einkommen noch immer überproportional stark betroffen. Der Anteil der Sozialabgaben am Gesamteinkommen ist bei ihnen am höchsten. „Die Gewerkschaften haben ihren Teil zur gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland beigetragen und sich jahrelang in Lohnzurückhaltung geübt. Nun sollte die Regierung auch ihr Wahlversprechen einlösen und die Sozialabgaben senken“, sagt IWH-Präsident Blum. Schließlich nützt auch die schönste Brutto-lohnerhöhung nicht viel, wenn netto immer weniger übrig bleibt.

### So schwierig ist der Vergleich von Löhnen und Gehältern

#### VERWIRRENDE ZAHLEN

Die Nettoeinkommen geben an, wie viel ein durchschnittlicher Arbeitnehmer nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und bereinigt um die Inflation verdient. Ändern sich die Arbeitsverhältnisse, weil die Beschäftigten weniger

arbeiten oder häufiger in Teilzeit angestellt sind, geht das aus den Daten nicht hervor.

#### EINFACHE MODELLRECHNUNGEN

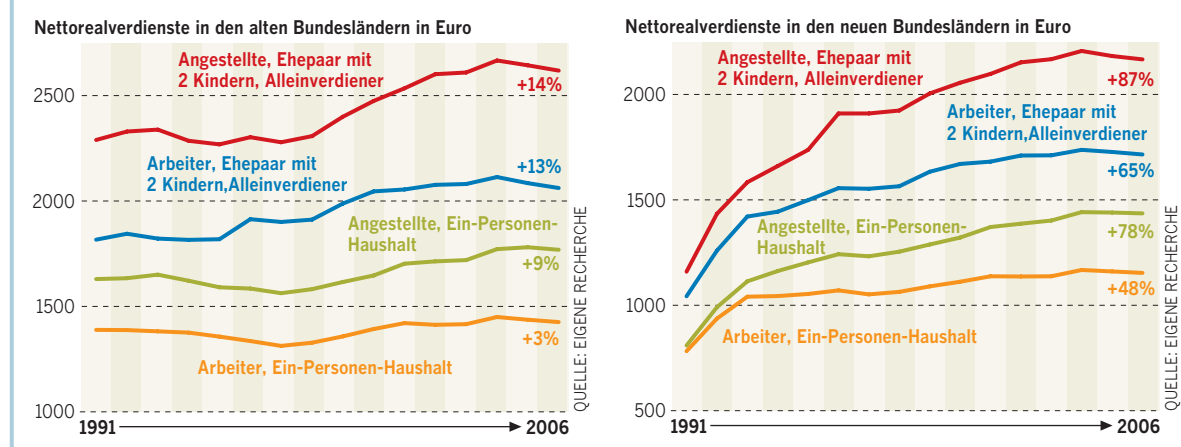
Hilfreicher sind Modellrechnungen, in denen vollzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte, Familien und Singles in

Ost und West miteinander verglichen werden. Dank der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West kam es vor allem im Vereinigungsboom zu teilweise kräftigen Anstiegen.

#### GENAUERE GRADMESSER

Noch genauer ist der

Vergleich je geleisteter Arbeitsstunde. Demnach sind die Realverdienste der Beschäftigten seit 1991 um sechs Prozent gestiegen. Die Lohnkosten legten im selben Zeitraum um 38 Prozent zu. Denn auch die Preise, Steuern und Sozialabgaben sind seitdem kräftig gewachsen.



ANZEIGE

TO BE ONE OF A KIND

**Brioni**

BAL HARBOUR BEVERLY HILLS BUDAPEST FLORENCE  
LAS VEGAS LONDON MADRID MILAN NEW YORK OSAKA PARIS PRAHA ROME TOKYO

BRIONI.COM